

und lokalen Ausprägung" erlebte, die zur Schaffung eines modernen französischen Arbeitsgesetzes führen soll. Diese Verlautbarung des Ministerratspräsidenten freuzte sich mit einer Anregung des Gewerkschaftsführers Jouhaux, die einen ähnlichen Vorschlag beinhaltete. Wenn auch anzunehmen ist, daß man bei den Verhandlungen im Hotel Ratonon zunächst einen Kampf um Fragen führen wird, welche schon einmal geregelt wurden und die von den Vertägten aus beurteilt gar keine Fragen mehr sein dürften, so hat dennoch die CGT (der Allgemeinen Arbeiterverband) an einer restlosen Klarstellung alles Interesse, weil diese die Voraussetzung für eine Aufbaubarkeit sein kann, welche über den gegenwärtigen Stand hinausgeht. Die gewerkschaftliche Taktik wird bei den Verhandlungen darin bestehen müssen, eine Kooperation mit den Delegierten der Mittelklassen, die gleichfalls hinzugezogen werden, herzustellen. Dies hätte nicht nur im Hinblick auf das nächstliegende Ziel, sondern auch allgemein politisch betrachtet eine Bedeutung. Vielleicht ist es nicht ganz unzutreffend, wenn gesagt wird, daß die Generalstände der Produktion von Chautemps einberufen wurden. Es ist zwar nicht fünf Minuten vor zwölf, wie das letzte Mal, da Generalstände anderer Art im Jahre 1789 zusammentraten und die Vorboten der Revolution darstellten, aber wiederum kann es zu einem Auseinandergehen kommen. Die Unternehmer stellen zum Unterschied von den übrigen Beteiligten lange Heberlegungen an, ob sie die Rationalkonferenz beschicken sollten, sie fürchteten, daß sie sich selbst mit dieser Weise, eines Rechtes begeben könnten. Nach ihrer bedingten und verkauften Zusage mit den Delegierten der CGT und der Mittelklassen eine Art Sozialparlament zu bilden, gebot nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß sich die Industrieviertel bei der ersten Gelegenheit wieder zurückziehen. Aber auch in diesem Falle war der Versuch nicht vergebens. Durch eine neue Sabotage des Unternehmertums wird die Regierung legitimiert, die schwebenden sozialen Probleme ohne dessen weitere Verfrachtung und mit Dekretierung von Straffunktionen zu lösen.

Dann ist das Volksfrontexperiment in eine neue Phase getreten.

Fabrikexplosion in Madrid

In Madrid kamen wie Londoner Blätter melden, bei der Explosion einer Munitionsfabrik 100 Menschen ums Leben. Durch die Explosion sollen einige Häuserblocks zerstört worden sein. Es ist unbekannt, ob die Explosion durch die Beschädigung aus Franco-Geschützen oder aus anderer Ursache entstanden ist.

Sondergericht gegen Rebellenführer

Barcelona. (Ag. Sp.) Nach einer offiziell noch nicht bestätigten Information sollen Oberstleutnant Rey d'Harcourt, Oberst Varda und der Expräsident des höchsten Provinzialgerichts in Teruel sowie mehrere andere der gefangenen Rebellenführer in Barcelona vor ein Sondergericht gestellt werden.

Der Chef des Militär-sanitätswesens hat dem Verteidigungsminister aus Valencia gemeldet, daß bis zum Montagabend 556 Kranke oder verwundete Gefangene aus Teruel dort eingetroffen sind. Sie sind alle in einem Gebäude untergebracht, wo 1000 Betten vorbereitet wurden. Die Gefangenen haben ihre tiefste Dankbarkeit für ihre Behandlung durch die Truppen und das Sanitätspersonal der Republik ausgesprochen.

Der Mann ohne Gewissen

Von Jack London

(Copyright by Universitäts-Verlag durch Dr. Präger-Pressedienst, Wien).

Minnie teilte die Geschenke aus, indem sie jeden einzelnen Namen aufrief und das Geschenk mit irgendeiner netten Bemerkung begleitete, die die allgemeine Heiterkeit noch vermehrte. Da gab es billige Uhren, Klappmesser, eine erstaunliche Auswahl von Angelhaken in Päckchen, Tabakplatten, Streichhölzer und mächtige Streifen Baumwollstoff für Lendenschürzen. Daß sie Boyd Duncan liebte, ging klar aus dem schallenden Gelächter hervor, mit dem sie auch die geringste scherzhafteste Andeutung von ihm begrüßte.

Kapitän Dettmar, in dessen welchem Gesicht sich nur ein Lächeln zeigte, wenn Duncan ihn zufällig anblinzelte, lehnte gegen den Ruderer und sah zu. Zweimal verließ er die Gesellschaft und ging nach unten, blieb aber jedesmal nur eine Minute fort. Später, als Lorenzo, Li Gum und Tomama ihre Geschenke in der Hauptkajüte empfangen, verschwand er wieder zweimal in seiner Kabine. Der Teufel, der in Kapitän Dettmars Seele schlummerte, wählte gerade diese frohen Augenblicke, um sich bemerkbar zu machen. Vielleicht war es jedoch nicht ausschließlich Schuld des Teufels, denn Kapitän Dettmar, der sich seit vielen Wochen heimlich eine Flasche Whisky aufbewahrte, hatte den Weihnachtabend gewählt, um sie anzubringen.

Es war noch früh am Abend — es hatte gerade zwei Glas geschlagen — als Duncan und seine Frau an der Kajütstreppe standen, in den Wind hineinsahen und die Möglichkeit erörterten, an Deck zu schlafen. Ein kleiner, dunkler Wolkensiedel, der langsam am Horizont wuchs, konnte als drohender Regenschauer gedeutet werden, und von

Micescu bei Stojadinović

Neue Treuebekenntnisse zur Kleinen Entente

Der rumänische Außenminister Micescu, der beim Verlassen der Tschechoslowakischen Republik unserm Außenminister ein herzliches Abschiedstelegramm gesandt und auf der Durchreise durch Budapest Journalisten erklärte, er habe aus Prag die günstigsten Eindrücke mit sich genommen, ist Dienstag vormittags in Belgrad eingetroffen. Am Bahnhof erwartete ihn Ministerpräsident und Außenminister Dr. Stojadinović. Nach am Vormittag hatten die beiden Staatsmänner eine Unterredung. Sodann gab Dr. Stojadinović zu Ehren des Gastes ein Dejeuner, bei dem, wie stets bei solchen Anlässen, politisch-Trinksprüche gewechselt wurden. In den Reden beider Minister wurde die herzliche und freundschaftliche Zusammenarbeit Jugoslawiens und Rumaniens und die Freundschaft mit der Tschechoslowakei nachdrücklich betont. Micescu erklärte, es sei eigentlich „nicht nötig gewesen, zu konferieren, um unsere vollkommene Übereinstimmung feststellen zu können. Unsere Interessen und unsere Politik werden so geleitet, daß unsere Staatsmänner keine langen Unterredungen brauchen, um einander zu verstehen.“

Über die Beratungen des Ministerpräsidenten und Außenministers Dr. Stojadinović mit dem rumänischen Außenminister Micescu wurde am 7. Uhr abends ein amtlicher Bericht ausgegeben, in dem es heißt, daß es gelegentlich des Besuches des Ministers Micescu zu einem definitiven Austausch der Ansichten zwischen beiden Staatsmännern kam und daß diese im Verlauf ihrer Beratungen die volle Übereinstimmung in allen behandelten Fragen feststellen konnten, sowohl in denen, die das Verhältnis zwischen Rumänien

und Jugoslawien betreffen, als auch in jenen, die sich auf die allgemeine politische Lage und die Zusammenarbeit beider Länder im Rahmen der Kleinen Entente und der Balkanstaaten beziehen.

Deutschlandreise Stojadinović

Dr. Stojadinović tritt am 14. Jänner eine Reise nach Deutschland an, die ihn über Budapest — Odenburg — Breslau führen wird, ohne Aachen halt in der Tschechoslowakei, die er auf der Rückreise gar nicht berühren wird. Der ursprünglich auf vier Tage berechnete Aufenthalt in Deutschland wurde auf sechs Tage verlängert. Stojadinović wird mit Neurath, Göring und Blomberg konferieren, die Schorfheide und die Oper besuchen und auch von Hitler empfangen werden.

Die Trinksprüche und sonstigen Reden werden, das kann man schon heute voraussagen, die tiefe Freundschaft zwischen Jugoslawien und dem Dritten Reich feiern. Ob der jugoslawische Minister dabei auch ein wenig an die Freundschaft seines Landes mit der Tschechoslowakei denken wird? Galt er sich vorzichtshalber, um an diese Freundschaft nicht erinnert zu werden, nicht erst bei uns auf? — Eines Ministerpräsidenten Nachrichten sind immer Staatsbesuche. Aber Dr. Stojadinović folgt, wenn er nach Deutschland reist, doch mehr dem Zuge seines Herzens als dem des südslawischen Volkes, das bei den Besuchen Dr. Micescus und erst kürzlich des französischen Außenministers in Belgrad bewiesen hat, wenn seine Sympathien, die eines wahrhaft demokratischen Volkes, gehören.

Die Budapester Konferenz

Rompakt und zweiseitige Verträge

In Budapest politischen Kreisen wurde behauptet, daß Dienstag vormittags auf der Dreier-Konferenz vornehmlich zwei Fragen zur Diskussion standen:

1. Die militärische Gleichberechtigung Ungarns,
2. Die Schaffung einer Plattform, auf welcher Verhandlungen zwischen Ungarn und Rumänien im Interesse der dringlichsten endgültigen Lösung der Frage der ungarischen Minderheit möglich wären.

Von diesen beiden Verhandlungsgegenständen sprachen die Berichte der Wiener Blätter nicht, wohl aber davon, daß „alle Welt“ und europäischen Probleme eingehend durchgegangen wurden.

Der Berichterstatter der „Neuen Freien Presse“ meldete Beratungen über die Haltung, die einerseits Italien, andererseits Österreich und Ungarn gemeinsam zum Völkerverbund und zum Antikommintern-Pakt einnehmen, sowie auch über die Bemühungen der Staaten nach einer engeren Koordinierung der Beziehungen zu dritten Staaten und zu dem System der Protokolle, Ungarn wolle seine Bezie-

hungen zu den Kleinen Entente-Staaten und insbesondere zur Tschechoslowakei im Sinne eines weiteren Ausbaues berücksichtigen wissen. Italien legte auf die Bedeutung des Umfanges in Rumänien für die weitere Konstellation im Donauraum großes Gewicht. Italien habe durch die Ähfen-Konstruktion und durch seine Verhandlungen mit Jugoslawien den Weg dahin gekennzeichnet, daß außerhalb der Protokolle und ohne ihre Vereinfachung ein Ausbau dieses Systems möglich wäre, was auch von den beiden Partnern gewünscht wird. Hier zeichnet sich besonders die Möglichkeit der künftigen Entwicklung ab, die durch bilaterale Verträge, welche in Einklang mit den römischen Protokollen gebracht werden können, also vom römischen Pakt ausgehen und zunächst wohl den Donauraum umfassen, zu einem neuen Staatensystem in Mitteleuropa führen könnte. Der Wunsch nach Reform des Völkerverbundes könnte dadurch via facti wesentlich erleichtert werden.

Das „Weltblatt“ berichtet von der Herausbildung einer einheitlichen Auffassung, die von dem Verständnis aller Rompaktsstaaten für die besonderen Verhältnisse getragen ist. Eine Er-

weiterung der Römer Protokolle ist dabei allerdings nicht zu denken. In Frage kommt nur die grundsätzliche Bereitschaft Österreichs, Ungarns und Italiens, ihre Beziehungen zu anderen Donaustaaten im Geiste des Vertragswertes von Rom durch zweiseitige Abkommen zu regeln.

Man muß mit dem Urteil über die Budapest-Konferenz noch abwarten. Noch läßt sich nicht feststellen, ob sie wirklich — wie die bisherigen privaten Meldungen vermuten lassen — gewisse ernste Möglichkeiten zur Annäherung der Donaustaaten gebracht hat.

Politische Psychologie

„Libové Roviny“ hatten im Verlauf der Diskussion um die Neujahrs-Ausgabe Verans an diejenige Frage gerichtet, wie er sich zu den bekannten parlamentarischen Anträgen der SpB stelle. Die Antwort war, so führt das Blatt aus, daß uns das nichts angehe. Daran müßten „Libové Roviny“ einige interessante Bemerkungen:

Wir bezweifeln, daß eine solche Antwort noch in den Bereich einer politischen Rede gehört. Es ist der Ausdruck eines gereizten Stolzes, welcher zweifellos aus irgend einer dauernden, gefühlsmäßigen Anlage entspringt. Wenn aus dieser Diskussion eine Lehre gezogen werden kann, dann ist es die, daß auf dem Grund der agrarischen Seele ein gewisser Schmerz noch nicht verheilt ist, welcher oft aufbricht und dann die agrarischen Funktionäre zu aufgeregten Gefühls- aber keineswegs politischen Ausbrüchen bringt. Das ist eine Sache, mit der zu rechnen, auch weiter notwendig sein wird.

Der Präsident der Republik empfing am Dienstag den Divisionsgeneral Emil Fiala und den Divisionsgeneral Mészáros.

Parlamentarischer Aufruf. Das Subkomitee der verfassungsrechtlichen Ausschüsse des Abgeordnetenhauses und des Senates hält Donnerstag, den 20. Jänner um 14 Uhr 30 Min. und Freitag, den 21. Jänner um 9 Uhr Sitzungen ab, in denen die neue Zivilgerichtsordnung behandelt werden wird.

Höhere Wertung der Reifeprüfung für Lehrerbildungsanstalten. Im nächsten Verordnungsblatt des Schulministeriums werden mit Rücksicht darauf, daß die neuen Lehrpläne in diesem Schuljahr auch in den obersten Mittelschulklassen schon in Kraft sind, gewisse Vorarbeiten über die Reifeprüfung abgeändert werden. Die Änderungen betreffen hauptsächlich den § 38, der Erleichterungen bei der Reifeprüfung für solche Externisten vorsieht, die die Reifeprüfung für Lehrerbildungsanstalten, bzw. die Fachprüfung aus einer Bürgerlichschulgruppe bereits abgelegt haben. Absolventen von Lehrerbildungsanstalten werden die schriftlichen Prüfungen aus allgemeiner Geschichte, bzw. Zeichen, sowie die schriftlichen wie die mündlichen Prüfungen aus der Unterrichtssprache, aus Vaterlandskunde, Naturgeschichte und Physik nachgelassen und die Prüfung aus Philosophie eingeschränkt werden. Externisten, welche bereits eine Bürgerlichschulprüfung abgelegt haben, werden sowohl die schriftlichen wie die mündlichen Prüfungen aus den Gegenständen ihrer Fachgruppe erlassen. Damit soll der an Lehrerbildungsanstalten abgelegten Reifeprüfung, bzw. der Fachprüfung für Vorschulern auch beim Übergang zu einem anderen Studium eine größere Bedeutung als bisher beigemessen werden.

dieser Möglichkeit sprachen sie gerade, als Kapitän Dettmar, der von achtern kam und nach unten gehen wollte, sie plötzlich mißtrauisch anstarrte. Er blieb stehen, und sein Gesicht verzerrte sich krampfhaft. Dann sagte er:

„Sie sprechen von mir.“
Seine Stimme war heiser und zitterte aufgeregt. Minnie Duncan stupte, sah dann aber in das unbewegliche Gesicht ihres Mannes, richtete sich selbst danach und schweig.

„Ich sage, daß Sie von mir sprechen“, wiederholte Kapitän Dettmar, und diesmal klang es fast wie ein Knurren.

Er taumelte weder, noch verriet er sonst irgendwas, daß er Alkohol getrunken hatte — abgesehen von den krampfhaften Zuckungen in seinem Gesicht.

„Minnie, es ist am besten, wenn du nach unten gehst“, sagte Duncan leise. „Sag Li Gum, daß wir unten schlafen wollen. Es wird nicht lange dauern, ehe die Wölfe uns alles durchnäht.“ Sie verstand ihn und entfernte sich, warf jedoch, ehe sie ging, einen ängstlichen Blick auf die finsternen Gesichter der beiden Männer.

Duncan paffte seine Zigarre und wartete, bis er durch das offene Schloß seine Frau mit dem Steward reden hörte.

„Also?“ fragte Duncan leise, aber scharf.

„Ich sagte, daß Sie von mir sprachen. Und ich sage es noch einmal. Oh, ich bin nicht taub gewesen. Tag auf Tag habe ich gesehen, wie Sie und Ihre Frau über mich sprachen. Warum sagen Sie es mir nicht gerade ins Gesicht? Ich weiß Bescheid. Und ich weiß auch, daß Sie beschlossen haben, mich in Aktu-Aktu zu entlassen.“

„Es tut mir leid, daß Sie immer noch Theater machen“, antwortete Duncan ruhig.

Aber Kapitän Dettmar wollte Streit.

„Sie wissen, daß Sie mich entlassen wollen. Sie halten sich für zu gut, um mit Leuten meines Schlages zu verkehren — Sie und Ihre Frau.“
„Seien Sie so gut und lassen Sie meine

Frau aus dem Spiel“, warnte Duncan ihn. „Was wünschen Sie?“

„Ich wünsche zu wissen, was Sie zu tun gedenken?“

„Hiernach gedenke ich Sie in Aktu-Aktu zu entlassen.“

„Das ist die ganze Zeit Ihre Absicht gewesen.“

„Im Gegenteil. Nur Ihr jegliches Benehmen zwingt mich dazu.“

„Das können Sie mir nicht einreden.“

„Ich kann keinen Kapitän behalten, der mich einen Lügner nennt.“

Kapitän Dettmar war einen Augenblick lang verwirrt. Sein Gesicht und seine Lippen verzerrten sich, aber er konnte nicht ein einziges Wort herausbringen. Duncan rauchte kaltblütig seine Zigarre und warf einen Blick nach achtern auf die aufziehende Unwetterwolke.

„Li Gum hat in Tahiti die Post an Bord gebracht“, begann Kapitän Dettmar. „Wir wollten gerade den Anker lichten und in See stechen. Sie lasen Ihre Briefe, erst, als wir aus dem Hafen heraus waren, und da war es zu spät. Das ist der Grund, daß Sie mich nicht in Tahiti entlassen haben. Oh, ich weiß Bescheid. Ich sah das lange Kubert, als Li Gum an Bord kam. Es war vom Gouverneur in Kalifornien, das stand in der Ecke gedruckt, jeder konnte es sehen. Sie haben hinter meinem Rücken gehandelt. Jemandem verkommener Europäer in Honolulu hat Ihnen etwas über mich geklüffelt, und da haben Sie bei dem Gouverneur angefragt, und das, was Li Gum Ihnen brachte, war seine Antwort. Warum sind Sie nicht offen und ehrlich wie ein Mann zu mir gekommen? Nein, Sie haben hinter meinem Rücken gehandelt, weil Sie wußten, daß die Stellung hier an Bord meine einzige Chance war, wieder auf die Füße zu kommen, und nachdem Sie den Brief des Gouverneurs gelesen hatten, beschloßen Sie, sich von mir zu trennen. Ich habe es in diesen ganzen Monaten seitdem in Ihrem

Gesicht lesen können. Ich habe es Ihnen beiden anmerken können. Sie waren vertieft höflich zu mir, darüber ist gar nichts zu sagen, aber jeden Augenblick steckten Sie die Köpfe zusammen und sprachen von mir und von der Geschichte in 'Frisco'.“

„Sind Sie fertig“, fragte Duncan mit leiser, scharfer Stimme. „Ganz fertig?“

Kapitän Dettmar antwortete nicht.

„Dann will ich Ihnen etwas sagen. Gerade wegen der Geschichte in 'Frisco' habe ich Sie nicht in Tahiti entlassen. Anlaß haben Sie mir, weiß Gott, genug gegeben. Ich dachte, wenn einem Manne je eine Chance nottat, um seinen guten Namen und Ruf wiedergewinnen, so müßten Sie das sein. Hätte es nicht einen dunklen Punkt in Ihrer Vergangenheit gegeben, so würde ich Sie entlassen haben, als ich merkte, wie Sie mich betrogen.“

Kapitän Dettmar fuhr überrascht zusammen und wollte Duncan unterbrechen, befaß sich dann aber.

„Da war zum Beispiel die Geschichte mit der Deckfallsteuerung, den bronzenen Rudererfen, mit dem neuen Vollenbaum für das Leinwandsegel, mit dem neuen Vollenbaum und der Reparatur des Großbootes. Sie haben mich mit der Rechnung von der Werft betrogen. Die lautete auf 4122 Francs. Nach den üblichen Werttreifen hätte sie nicht einen Centime mehr als 2500 Francs betragen dürfen.“

„Wenn Sie mehr an das glauben, was die Schurken an Land Ihnen erzählen, als an das, was ich —“ begann der andere mit heiserer Stimme.

„Sparen Sie sich weitere Lügen“, sagte Duncan kalt. „Ich habe es entbedt. Ich ging mit Flaubin zum Gouverneur, und der alte Schuft gestand, daß er 1800 zuviel genommen hatte. Er sagte, Sie hätten ihn deswegen anzeigen wollen.“

(Fortsetzung folgt.)

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Rückgang in der Textilindustrie In allen Gebieten und Zweigen!

Die rückläufige Bewegung der Auftragsgänge bei den Textilbetrieben macht sich nunmehr in allen Gebieten und beinahe in allen Zweigen unserer Textilindustrie bemerkbar.

Im Schönberger Gebiet
Ist eine merkliche Abschwächung der Beschäftigung festzustellen. In den Leinenwebereien ging es bis Ende November sehr gut, doch ist jetzt die Beschäftigung nicht mehr befriedigend. Vor allem hat das Amerikageschäft nachgelassen, das für unsere Leinenindustrie ausschlaggebend ist. Die Flachspinnereien beurteilen die Aussichten für die nächste Zeit gleichfalls nicht sehr günstig. Die Lagerbestände sind wiederum ziemlich groß. In der Hannsdorfer Flachspinnerei, in der bei zwei Schichten gearbeitet wurde, hat man seit Neujahr die zweite Schicht aufheben lassen. Die Arbeiterschaft muß ausweichen. Auch in anderen Leinenbetrieben nimmt das Ausweichen wieder zu. In der Seidenindustrie von Mähr. Schönberg kann gleichfalls eine ungünstige Wendung in Erzeugung und Beschäftigung festgestellt werden. Bei der Firma Schiel in Schönberg müssen etwa 400 Arbeiter ausgesehen; auch in anderen Seidenbetrieben wird wieder ausgesehen. In dem Seidenbetrieb in Grulich ist die Beschäftigung gleichfalls nicht mehr so gut wie früher.

Das Warnsdorfer Gebiet
Auch aus dem Warnsdorfer Gebiet kommen ungünstige Nachrichten über die Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse in der dortigen Textilindustrie. Selbst in der Cottonstrumpfindustrie, in der einzelne Firmen bis vor kurzem eine Hochkonjunktur aufwiesen, werden die Aussichten für die nächste Zeit nicht mehr so gut beurteilt, wie dies noch vor kurzem der Fall war. Die Firma Fröhlich beabsichtigt, 120 Samtschneiderinnen zu entlassen. In einer Anzahl anderer Betriebe haben Kurzarbeit und Aussehen wieder größeren Umfang angenommen. Bemerkenswert ist, daß die Bildung der neuen Regierung in Rumänien und die Unsicherheit über die weitere politische Entwicklung in diesem Lande zur Stornierung rumänischer Aufträge bei Firmen im Niederlande geführt hat.

Kuiperordentlich ungünstig ist auch die Entwicklung der Produktions- und Beschäftigungsverhältnisse in der

Reichenberger Textilindustrie,
in der es eine Anzahl von Betrieben gibt, die selbst in der Zeit der schlimmsten Krise verhältnismäßig gut beschäftigt waren. In diesen Betrieben ist es jetzt zu Einschränkungen gekommen und es beträgt die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit nur noch 29 1/2 Stunden. Am besten ist die Lage noch immer in der Tuchindustrie. Dagegen ist ein rudartiger Verfall in der Kunstseide-, Baumwoll- und Jute-Industrie (Haargarnspinnerei) eingetreten. Die Haargarnspinnereien verfügen zwar über namhafte Aufträge aus Deutschland, die sie jedoch deshalb nicht verarbeiten können, weil ihre reichsdeutschen Kunden von den zuständigen Stellen in Deutschland nicht die Bewilligung zur Einfuhr erhalten. Als Hauptursache des plötzlichen und in seinem Ausmaß besorgniserregenden Geschäftsrückganges wird vielfach auch das starke Nachlassen des Geschäftes mit Amerika angegeben. Der Rückschlag in der amerikanischen Konjunktur ist in einzelnen Zweigen und vielen Betrieben unserer Textilindustrie sehr stark zu spüren.

In der Reichenberger Textilindustrie ist es vorläufig noch nicht zu größeren Entlassungen gekommen, die aber nur dadurch verhindert wurden, daß die Arbeiterschaft aussteht, daß Feierschichten und Kurzarbeit eingelegt wurden. Einzelne Betriebe haben auch die Schichtarbeit eingeschränkt und ein größerer Betrieb bei Reichenberg eine ganze Abteilung vorübergehend stillgelegt.

Das Bescheidende an der Entwicklung in der Textilindustrie ist nicht nur die Verschlechterung des Geschäftsganges, sondern der ganz plötzliche und überaus starke Verfall, der in diesem Ausmaß und Tempo nicht einmal zur Zeit des Ausbruches der letzten Krise festzustellen war.

Besserung durch Kultur-Austausch?

Einige Blätter brachten die „hochinteressante“ Nachricht, daß der Berliner Theaterdirektor Ingenohl in der Vorwoche Prager Ministerien den Vorschlag gemacht habe, den Kultur-austausch zwischen Deutschland und der Tschechoslowakischen Republik durch wechselseitige Theatergastspiele zu fördern. Das Berliner Schillertheater soll mit einem Ensemble Tschechoslowakischer Städte spielen, das Prager Nationaltheater mit einer Smetana- oder Dvořák-Oper in Deutschland gastieren. Und nachdem das Prager Radiojournal am 18. Jänner zum ersten Male seit fünf Jahren ein Konzert aus Deutschland übertragen haben wird, soll dann auch ein tschechisches Sinfonieorchester nach Deutschland geschickt werden.

Unter anderen Umständen, als sie derzeit leider obwalten, könnte man sich solcher Pläne rückhaltlos freuen. Aber man unterliegt einer Art freiwilliger Kurzsichtigkeit, wenn man sich von solchem Kultur-austausch, „Besserung gespannter Beziehungen“ verspricht.

„Der Richter von Zalamea“ ist gewiß harmlos, aber nicht selbsterleuchtend, nicht des Wertes und nicht seiner Darstellung wegen werden in sudetendeutschen Städten die weniger für die Kunst, als für das Dritte Reich begeisterten Hensleinisten ins Theater gehen, als um in den gastierenden Schauspielern Abgesandte dieses Dritten Reiches zu begrüßen. Weisfall scheint dann den Schauspielern zu gelten und meint den Nazismus, und es kann ja auch der Weisfall auf verschiedene Art ausgedrückt werden. — In früherer Zeit, vor der deutschen „Erneuerung“, brauchte man erst nicht ein „Kulturabkommen“, um deutsche Künstler kennen zu lernen. Austausch kultureller Güter war Selbstverständlichkeit. Jetzt aber, da man weniger an Kunst als an „Entspannung“ denkt, jetzt muß man zu einer solchen im Grunde ja doch politischen Aktion sagen: „Quidquid id est, timeo Danaos et dona ferentes!“ (Was es auch sei, ich fürchte die Griechen, auch wenn sie schenken.)

Zweihundert neue Zwangsverwaltungen in Marienbad

Ueber die prekäre Lage des Haus- und Pöbelbesitzes in Marienbad gibt eindeutig eine Zusammenstellung der im Vorjahre stattgefundenen öffentlichen Versteigerungen und neu verhängten Zwangsverwaltungen Aufschluß. Nachdem im Jahre 1936 insgesamt 73 gerichtliche Versteigerungen stattgefunden hatten, kamen im Jahre 1937 neu 41 solcher Versteigerungen hinzu. Außerdem wurden im abgelaufenen Jahre 82 Zwangsverwaltungen (hauptsächlich im Pöbelbesitz sowie über Pensionen u. ä.) über Kurbetriebe zwei Konkurse und fünf Ausgleichsverfahren verhängt. Als Depressionszeichen wird der Umstand angesehen, daß während der letzten Jahre auch in der Zeit der Hochkonjunktur zahlreiche Geschäftslokalitäten unermietet blieben.

Juwendungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Ehrung T. G. Masaryk. Die Exekutive der Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in ihrer letzten Sitzung am 29. Dezember 1937 beschlossen, zu Ehren des Alt-Präsidenten und im Gedenken an sein großes Lebenswerk folgenden Körperschaften und Einrichtungen für das Kind und die Jugend je Kč 500.— (insgesamt Kč 2000.—) zuzuwenden. Es sind das: die Deutsche Landeskommission für Kinderkud und Jugendfürsorge in Reichenberg, der Verband Deutsche Hilfschule in der Tschechoslowakischen Republik, der Arbeiterverein Kinderfreunde und der Verband „Arbeiterfürsorge“. — Unser erster Staatspräsident Masaryk war nicht nur ein großer Politiker, ein guter und aufrechter Demokrat, sondern auch stets ein warmer Freund der Kinder und der Jugend. Sein Andenken wird am besten dadurch geehrt, daß die Einrichtungen für die Hilfe und den Schutz des Kindes und der Jugend unterstützt und gefördert werden.

Großes Schadenfeuer bei Tepl. In dem zur Herrschaft Poustupitz gehörigen Meierhof P a u t e n bei Tepl brach Dienstag früh gegen 4 Uhr aus bisher ungeläuter Ursache ein Schadenfeuer aus, dem zwei Wirtschaftsgebäude, sowie das benachbarte Anwesen des Landwirts Müller zum Opfer fielen. Der Schaden ist noch nicht genau bekannt, wird jedoch auf einige 100.000 Kč geschätzt.

Politische Jagden

Warschau. Ueber Einladung des Präsidenten der Republik wird Anfang Heber der ungarische Reichsverweser von Horich in Polen eintreffen. Nach der offiziellen Begrüßung in Krakau wird die Fahrt zu den großen Repräsentationsjagden erfolgen. Wie in informierten Kreisen verlautet, wird im Heber auch der übliche Jagdbesuch G o r t i n g s in Polen erwartet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er dabei mit dem Reichsverweser zusammentreffen wird.

Eine Stimme zu wenig

Paris. In der französischen Kammer wurde Dienstag D e r r i o t ohne Gegenkandidatur mit 418 von 522 abgegebenen Stimmen zum Kammerpräsidenten wiedergewählt. Bei der Wahl der Vizepräsidenten gab es insofern eine Ueberraschung, als zum zweiten Vizepräsidenten der Regier. Abgeordnete C a n d a c e (gemäßigte Mitte) gewählt wurde, während dem für die sechste Vizepräsidentenstelle kandidierten Kommunisten D u c l o s eine Stimme zur absoluten Mehrheit von 260 Stimmen fehlte, obgleich die Linksclubs vorher seine Wahl beschlossen hatten. Ein kommunistischer Sprecher gab seiner Unzufriedenheit darüber Ausdruck, daß 102 Abgeordnete der Linken die Abstimmungsdisziplin verfehlt hätten. Die Wahl des sechsten Vizepräsidenten wurde dann auf Donnerstag vertagt.

Massenhinrichtungen im Baskenland zugegeben

Genève. (Ag. Sp.) Das Rebellenblatt „Gierro“ veröffentlicht die Namen von 117 Arbeitern, Bauern, Militärs und Angestellten, darunter zahlreiche Frauen, die zwischen dem 12. und dem 17. Dezember 1937 auf Befehl der Rebellenbehörden im Baskenland gehängt wurden. Der Grund: „Ihre politische Meinung.“

Der Bischof von Teruel dankt

Der Bischof von Teruel, Mgr. Anselmo Bolanco P o n f e c a, hat aus freiem Willen dem republikanischen Kommando folgende, von ihm unterzeichnete Erklärung übergeben: „Ich habe das Vergnügen, zu bezeugen, daß ich seit meiner Evaluierung aus dem Seminar von Teruel bis zum Eintreffen auf dem Bahnhof von Rubialos de Mora mit der größten Aufmerksamkeit behandelt worden bin und daß ich in meinem Herzen Dankbarkeit dafür bewahre.“

Holland anerkennt Abessinien-Besetzung

Haag. Im Verlaufe einer Interpellation in der Ersten Kammer der Generalstaaten teilte der Außenminister mit, die Niederländische Regierung sei bereit, die unzulässige Tatsache der Besetzung Abessiniens durch Italien und die Herrschaft Italiens über dieses Gebiet de facto anzuerkennen. Die Anerkennung einer Tatsache bedeute nicht, daß Vorgänge, die zum Entstehen dieser Tatsache geführt haben, gutgeheißen werden.

Verfrühte Hoffnungen

Berlin. Die Meldungen, daß alle verhafteten Pastoren der Bekennnistirche bis auf R i e m s l e r auf freien Fuß gesetzt wurden, haben sich nicht bewahrheitet. Wie das DNB meldet, sind nur etwa 60 Pastoren, die nur leichterer Vergehen beschuldigt waren, vor den Weihnachtsfesten aus der Haft entlassen worden. Die Untersuchungshaft der übrigen Pastoren dauerte „mit Rücksicht auf den Umfang und die Schwere ihrer Straftaten“ bis zum Abschluß der gerichtlichen Voruntersuchung an.

Nazi gegen Monarchisten

Wien. Dienstag abends veranstalteten die österreichischen Monarchisten in Wien 11 und in der Provinz 39 Versammlungen, die als Demonstrationen gegen den Nationalsozialismus und für die österreichische Selbstständigkeit und Unabhängigkeit gedacht waren. Da die Nationalsozialisten eine heftige Gegenagitation entfaltet und mit der gewalttätigen Sprengung der Versammlungen gedroht hatten, waren umfangreiche Schutzmaßnahmen getroffen worden. Es kam vielfach zu kleinen Aufruhrereien, in zwei Wiener Versammlungen wurden S t i n k b o m b e n geworfen. Den ersten Meldungen zufolge wurden 20 Nationalsozialisten verhaftet.

Auch die Bischöfe kommen dran

London. Der Reuters-Korrespondent meldet aus Moskau, daß Blättermeldungen zufolge im Dezember 21 Bischöfe der USSR verhaftet wurden, darunter die hervorragendsten Würdenträger der orthodoxen Kirche. Die Bischöfe werden der Organisation eines Spionagegesetzes sowie des Terrorismus und des Antischastendienstes zugunsten der Faschisten beschuldigt. Unter den in Moskau verhafteten Bischöfen befindet sich auch der bekannte Erzbischof K r i j o w.

Chamberlain wieder auf Urlaub

London. Premierminister C h a m b e r l a i n, der Montag in London eine Reihe von Besprechungen hauptsächlich über die Lage im Fernen Osten hatte, hat seine Ferien wieder aufgenommen und wird erst Donnerstag nächster Woche zurück erwartet.

Japan verlängert die Dienstzeit

Tokio. Das Kriegsministerium teilt mit, daß die Regierung eine Veränderung des Rekrutierungsgesetzes beschlossen habe, um die Dienstzeit der Infanterie von 18 auf 24 Monate zu erhöhen. Die Dienstzeit für die Reserveoffizierslaufbahn wird von 12 auf 24 Monate erhöht.

Unerhörte Zustände

Bezirksbehörde Friedland und Sudetendeutsche Volkshilfe

Der Grenzbezirk Friedland gehört zu den von der Wirtschaftskrise am schwersten betroffenen Gebieten. Diebstahl wurde von der zuständigen Stelle, bei der Zuteilung von Ernährungsrationen usw., besonders vom Ministerium für Soziale Fürsorge in großzügigster Form Rechnung getragen. Es wurden so viel Ernährungsrationen zugeteilt, daß die mit der Durchführung der Ernährungskaktion betraute öffentliche Bezirks-Arbeitsanstalt keine andere Verwendung für einen Teil der zugeteilten Rationen fand, als mit diesen — für die Arbeitslosen bestimmten Geldern — A n g e s t e l l t e n g e h ä l t e r, V a k u o e i n r i c h t u n g e n, P f l a s t e r, und L a d i e r a r b e i t e n z u b e z a h l e n. Von der Lebensmittelaktion, welche das Fürsorgeministerium im Jahre 1936 durchführte, lagen viele tausend Kilogramm Mehl, Zucker, Fett, Nüsse, die für die Arbeitslosen des Friedländer Bezirkes zur Verteilung bestimmt waren, in dem Magazin, das sich der Leiter des Bezirks-Amtes für diesen Zweck einrichten ließ, aufgespeichert und wurden den Arbeitslosen viele Monate v o r e n t h a l t e n. Erst ungefähr ein halbes Jahr nach dem vom Ministerium für Soziale Fürsorge eingeleiteten Termin wurden diese überschüssigen Bestände verteilt.

Besonderen Einflusses bei der erwähnten Stelle können sich Funktionäre der SdP rühmen, die dort, wo es keinem der Vertreter der Bezirks- oder Gemeinde-Sozialkommissionen möglich war, für arme Teufel eine Ernährungsration zu erlangen, durch ihre guten Beziehungen immer die entsprechende Begründung dafür fanden, daß dem Arbeitslosen, wenn er den Weg zu ihnen gegangen war, Karte und Leistungen aus der staatlichen Ernährungskaktion gewährt werden. Diese Beziehungen scheinen immer enger und enger zu werden, wie folgende an die Gemeindevorstände des Friedländer Bezirkes gerichtete Mitteilung zeigt.

Bezirksbehörde Friedland L. B.
St. — 309/188 am 5. I. 1938.
Allen Stadt-Gemeindevorstern im politischen Bezirke Friedland.
Die staatlichen finanziellen Mittel waren in dieser Unterhaltungsperiode bereits erschöpft, daß es nicht möglich war in dieser letzten Woche der laufenden Periode den Gemeinden das ihnen nach dem Bedarfe zutreffende Quantum an Karten aus der staatlichen Ernährungskaktion zuzuteilen.
Die Gemeinden werden daher ersucht, die fehlenden Karten aus den Sammelergebnissen für

die Arbeitslosen und zum Teil durch Besteuerung seitens der Sudetendeutschen Volkshilfe wett zu machen.

Der Bezirkshauptmann v. Dr. Hart m. v.

Es ist uns kein ähnlicher Fall bekannt, daß von Amts wegen in einer so hilflosen und noch dazu vollständig unwahren Art der SdP in die Hand gespielt wird. Die Entzweiung der Arbeitslosen und aller demokratisch denkenden Kreise des Bezirkes Friedland über diese Verhöhnung wird immer größer. Es ist doch ein offenes Geheimnis, daß erst die „völlige Pflicht“ zu erfüllen ist, bevor irgendeine Leistung von der SdP gewährt wird! Und es kann doch nicht angenommen werden, daß man mit solchen kleinen Gefälligkeiten der in Friedland getriebenen F I ü s t e r p r o p a g a n d a („Der Tag kommt bald“, „unser Bezirk wird abgetrennt“), neuen Wind in die schlaff gewordenen Segel blasen will. Unverständlich ist jedenfalls, daß solche Organe von ihrem Vorgesetzten nicht dazu verhalten werden, wie im übrigen Staatsgebiet, Ansehen und Befehl des Staates zu schützen!

Leichenfund im Nelson-Schacht

Offet. Der Nelsonschacht, in dem sich vor vier Jahren die schwere Explosionskatastrophe ereignet hat, die 142 Menschenleben forderte, ist bis auf einen ganz kleinen Grundteil im Salsjarekgebiet wiederentwunden. Die letzten noch ungetragenen Teile der Grube, in welchem noch sechs Opfer der Katastrophe liegen, können derzeit nicht geöffnet werden, weil dort die Strecke brennt. Erst nach Erlöschen des Feuers wird man versuchen, auch bis dorthin vorzudringen. Montag nachts wurden aus dem Revier V wieder drei Leichen nach obertags gebracht, deren Anosierung bisher nicht möglich war. In diesem Revier — wahrscheinlich einem verbrochenen Plan — liegt noch eine Leiche, deren Belegung kaum möglich sein wird.

Oeffentlichkeitsrecht für die Deutsche Musikakademie

Der Unterrichtsminister hat der Deutschen Musik- und dramatischen Akademie in Prag für die Schuljahre 1937-38 bis 1941-42 das Oeffentlichkeitsrecht und ferner das Recht verliehen, Prüfungen abzuhalten und so wie die staatlichen Konservatorien gültige Zeugnisse auszustellen.

J Tagesneuigkeiten

Kleiner Beitrag zum „Pressefrieden“

Vor einiger Zeit erschien in der Presse eine wenig beachtete Notiz, welche es verdient, ein wenig mehr in das Licht der öffentlichen Meinung gerückt zu werden, weil sie so richtig zeigt, was man in Berlin von guten Pressebeziehungen hält und was man darunter versteht. Die Mitteilung besagte, daß „gegen den Wiener Korrespondent des „Berl. Tageblatt“, Dr. Erwin Stranik, der österr. Staatsanwalt Erlwin wegen Verbreitung beunruhigender Gerüchte durch falsche Nachrichten erhoben hat. Die Verhandlung wurde den 5. Jänner ausgeschrieben — und zur Stunde, da der freundliche Leser diese Zeilen zu Gesicht bekommt, ist genannter Herr als Berichterstatter des genannten Berliner Blattes in Prag tätig; so dem Zugriff der österreichischen Justiz entzogen und unsere freundschaftlichen und kulturellen Beziehungen um seine edle Persönlichkeit bereichert. Man muß es dem Berliner Propagandaministerium, der Reichskulturkammer oder wer immer für die Besetzung der ausländischen Berichterstatterposten verantwortlich ist, lassen, daß es eine Institution ist, in der Takt und Feingefühl die treibenden Kräfte sind. Wie anders wäre es sonst zu verstehen, daß man auf den nach „Berliner Auffassung“ so heißen Prager Boden eine solche journalistische Kraft verpflanzt, die von dem Staatsanwalt eines Landes gesucht wird, mit dem Berlin seinen gloriosen Pressefrieden bereits hat; und um den Weg zu vollenden, hat man aus Herrn Dr. Stranik auf diese Weise einen Flüchtling politischen Charakters gemacht, ungepöbelt zwar, aber es ist doch geschehen, und so wird er nun in Prag sein Wesen entfalten in einer Tätigkeit, der in Wien immerhin noch Schranken gesetzt sein sollten“. Allen den Herrschaften, die von den Vorteilen eines Pressefriedens mit Deutschland träumen, sei die Anlage der Wiener Staatsanwaltschaft in Erinnerung gebracht und es ist zu erwarten, daß Herr Dr. Stranik auch in Prag dieselbe erspriehliche Tätigkeit entfaltet wie in Wien zu Ruh und Ruhm des deutschen Nationalsozialismus, folschernd betrieblend, daß es in Europa allen Idealisten zum Trost, die glauben, mit Deutschland ein Abkommen treffen zu können, das von ihm gehalten wird, doch eben nur eine Illusion ist.

Drei Kinder verbrannt

Madno. In der Gemeinde Dolní Bítice bei Unhošť brach Dienstag nachmittags in dem Holzhauschen des Wenzel Aus ein Brand aus. Das Häuschen brannte bis auf die Grundmauern nieder. In den Flammen fanden drei Kinder im Alter von einneinhalb bis fünf Jahren den Tod.

Flugzeugunglück: neun Tote

New York. Ein Passagierflugzeug der Northwestern Airlines mit fünf Fluggästen und vier Mann Besatzung stürzte unweit des Städtchens Pogeman im Staate Montana etwa 120 Kilometer nördlich von Yellowstone Park in einem Hochmountain-Tal ab. Beim Aufschlag explodierte das Flugzeug. Alle neun Personen verbrannten.

Ende des Strittes um „Botostroj“

Der vermeintliche Schlüsselroman um Bafa

Im Herbst 1933 erschien im Verlage „Fing“ ein Roman unter dem Titel: „Botostroj“, der aus der Feder eines ehemals bei Bafa angeestellten Redakteurs zeichnet. Der Autor ist ein gewisser Zuzana, der in den Schilderungen dieses Romanes erklidht die Hinterbeben des seitler Verstorbenen wie auch seiner Familie und erwirkte die Beschlagnahme der inzwischen erschienenen Auflage des Buches. Ferner brachten die Witwe Tomas Bafas, Marie Bafa, und dessen Bruder Johann Bafa, der derzeitige Chef des Unternehmens, gegen den Autor und den Verleger Bohumil Janada die Presseklage ein, deren Verhandlung sich jahrelang hinzog. Die Vertreter der Beklagten hatten den Wahrheitsbeweis angeboten, der indessen in den wesentlichen Punkten mißglückte. Bei der am Dienstag fortgeführten Verhandlung über diese Klage kam es vor dem Presseerat des O. Dr. Uher zu einem gerichtlichen Vergleich, zu dessen Genehmigung sich der Vertreter der Klage allerdings die Genehmigung seiner Mandanten ausbedingte. In der Erklärung stellten beide Beklagten fest, daß weder von Thomas Bafa, noch von dessen Angehörigen durch die Hauptfiguren des Romanes irgendwelche feindlichen und daß sie, soweit die Schilderung des Romanes eine solche Deutung zulasse, ausdrücklich Widerspruch und Genehmigung leisteten. Die Beklagten erklärten sich ferner einverstanden, daß sie auf ihre gesamten Autorrechte innerhalb und außerhalb unseres Staatsgebietes zugunsten der Kläger Verzicht leisten und die gesamte, bereits ausgegebene Auflage sowie auch einzelne Bestandteile der Vorkaufemplare (Nachschläge usw.) den Klägern zuhanden Johann Bafas zur Verfügung stellen. Die Beklagten erklärten ferner, daß sie gegen die Rückstellung der seinerzeit von den Klägern erlegten Kaution keinen Einwand erheben und erklären auch von jeder Anfechtung der seinerzeit erwirkten Beschlagnahme des Romanes Abstand nehmen zu wollen. Der Vergleich wurde, wie erwähnt, vom Klagevertreter unter Vorbehalt der Ge-



Regierungssoldaten in den Straßen Teruels

nehmigung durch seine Mandanten abgeschlossen, worüber der Anwalt der Kläger bis zum 2. Februar sich zu äußern hat.

F-AMVD war schon bei Prag Eine späte amtliche Feststellung

Das Arbeitsministerium veröffentlicht fast drei Wochen nach dem Flugzeugunglück am Heiligen Abend ein offizielles Kommuniqué, in dem festgestellt wird, daß als Ursache der Katastrophe weder ein Schaden des Flugzeuges, noch der Motoren oder anderer wichtiger Bestandteile festgestellt werden konnte. Auch eine eventuelle Verletzung konnte nicht die Ursache sein, ebensowenig ein Mangel an Betriebsstoff oder unrichtiges Manipulieren des Piloten. Die unmittelbare Ursache war die geringe Höhe des Flugzeuges und der Umstand, daß sich die Besatzung nicht bewußt war, welches Gebiet überflogen wird.

Die Rekonstruktion des Fluges mit Hilfe der geometrischen Aufzeichnungen hat ergeben, daß das Flugzeug bis in die Nähe Prags in ganz normaler Richtung flog und offenbar nahe der Südgrenze von Prag die Wolken unter richtigem Kurs überflogen hat. Dann trat eine Kursänderung ein, durch deren Einhaltung sich das Flugzeug von Prag gegen Bergendeckeln entfernte. Warum diese Abweichung vom richtigen Kurs erfolgte, werde erst Gegenstand weiterer Untersuchungen des Postministeriums sein.

Damit hat der Antischimmel nach fast drei Wochen endlich zugegeben, daß die Direktion des Flugzeuges, von Woben her fehlerhaft war. Das hat die gesamte Presse schon in den ersten Tagen gemeldet. Nun wird erst wieder eine offizielle Mitteilung des Postministeriums abgewartet werden müssen. . .

Nochmals Gajda

Zivilprozeß um die Wahlkaution

Prag. (16) Wie bereits berichtet, fand Montag vor dem Konkursgericht die Verhandlung über einen von der Frau Karla Wouda eingereichten Konkursantrag gegen den Kandidatenführer Rudolf Gajda statt, wobei diese eine ihr von ihrem Vater Bohumil Gajda ihr abgetretene Forderung von 92.000 Kč anmeldete, die Herr Gajda zur Erlegung der Kaution für die Parlamentswahlen des Jahres 1935 zur Verfügung gestellt habe. Einen Tag später fand vor dem Zivilsenat unter Vorsitz des O. Dr. Polorný die Streitverhandlung über die Klage statt, die von Frau Wouda gegen Gajda auf Rückzahlung jener 92.000 Kč angeklagt worden war. Dieser Prozeß brachte zu dem bereits in großen Umfassen nach der Klage geschilderten Sachverhalt noch einige interessante Details. Während Gajda sich darauf berief, den ihm zur Verfügung gestellten Betrag zu dem widmungsgemäßen Zweck ausgegeben zu haben u. daher keinerlei Verpflichtungen zur Rückzahlung zu haben, verweist die Klägerin darauf, daß Gajda von unbekannter Seite für die Wahlkaution im Wege der Agární Banka 300.000 Kč erhalten habe und daher den vorgeschriebenen Betrag zurückzahlen könne. Diese Darstellung wurde vom Anwalt Gajdas, Dr. Karstl bestritten, wobei es zu lebhaften Auseinandersetzungen kam, wobei ihm und dem Klagevertreter Dr. Straka folgte. In formaler Beziehung verteidete der Vertreter des Klägers ein, daß die Forderung noch nicht fällig sei, da die Rückzahlung erst zum

nächst en Wahltermin vereinbart worden sei, ferner habe Gajda die betreffenden Schriftstücke, durch welche der Empfang jener 92.000 Kč bestätigt wird, nur als Garant des Vorstandes der Kandidatengemeinde unterzeichnet und nicht im eigenen Namen. Die Verhandlung wurde, nachdem das Gericht einen Teil der neu angebotenen Beweise zugelassen hatte, auf den 22. Februar vertagt.

Militärverrat. (Amlich.) Das Kreisgericht in Prahburg verurteilte am Montag Marie Luthy wegen des Verbrechens des Militärverrats gemäß § 6, 3, 2, Abs. II., III. des Gesetzes vom Schutze der Republik zu acht Jahren Zuchthaus, zu einer Geldstrafe von 2000 Kč und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von fünf Jahren.

Trafikanten fordern höhere Provisionen. Die Organisationen der Tabaktrafikanten beschloffen, beim Postministerium wegen Erhöhung der Provision für den Verschleiß von Postwertzeichen und Stempeln vorstellig zu werden.

Tschechoslowakische Kellner nach Belgien. Die Delegierten des Verbandes der Gastwirtschaftlichen hat mit einem belgischen Parallelsverband einen Vertrag geschlossen, wonach eine Reihe tschechoslowakischer Kellner zur Ausbildung nach Belgien geschickt werden kann. Es handelt sich um die sprachliche und fachliche Schulung des Nachwuchses im Hotel- und Gastgewerbe.

Ein Abstruz eines britischen Bombenflugzeuges in der Nähe von Aiden launen der Pilot und der Begleitflieger ums Leben. Es ist bereits der zweite schwere Unglücksfall der englischen Luftwaffe im neuen Jahr. Am Jahre 1937 ereigneten sich 93 Flugzeugunfälle, die insgesamt 153 Todesopfer forderten.

Ein überaus bestiger Südweststurm herrschte seit 48 Stunden im südwärtschen Meer, wo zahlreiche Vorden beschädigt wurden und ihre Ladungen zum Teil verloren gingen. Im Golf von Neapel mußte die Schifffahrt eingestellt werden; verschiedene große Dampfer trafen mit erheblichen Verzögerungen ein.

Starke Zunahme des unbefugten Spirituosenhandels. Die Behörden wurden auf die außerordentliche Zunahme des unbefugten Spirituosenhandels aufmerksam gemacht. Besonders aus dem slawischen Lande mehren sich die Zahl der aus der Slowakei und Mähren kommenden Händler, die in Privatkreisen Absatz für ihre, in letzter Zeit selbst in Automobilen beförderten Waren suchen. Die Bezirksbehörden wurden angewiesen, die Kontrolle über den Hausierhandel mit Spirituosen zu verschärfen und Übertretungen der geltenden Bestimmungen streng zu bestrafen.

Eine Besohnung von 25.000 Dollar, welche der Staat New Jersey für die Ergreifung des Mörders des Lindbergh Kindes ausgeschrieben hatte, wurde Montag an mehr als 100 Personen ausbezahlt. Den größten Betrag, 7500 Dollar, erhielt der ehemalige Besitzer einer Benzinstation in New York, Walter Nyle, der eine aus dem Lösegeld stammende Banknote erwarb. Die Kontrolle über den Hausierhandel mit Spirituosen zu verschärfen und Übertretungen der geltenden Bestimmungen streng zu bestrafen.

Holland noch wachen! In Amsterdam wurde amtlich bekanntgegeben, daß das freudige Ereignis der Kronprinzessin Juliana nicht vor Ablauf von einer oder zwei Wochen zu erwarten ist.

Franz Klühs gestorben

Wie wir erfahren, ist in Berlin Franz Klühs im 61. Lebensjahr gestorben. Der Verstorbene stammte aus einer proletarischen Familie, er war Sohn eines Landbriefträgers in Pommern. Mit 23 Jahren Parteiredakteur, wurde er zuerst in Breslau, dann in Magdeburg und kam 1920 zum „Vorwärts“ nach Berlin, wo er stellvertretender Chefredakteur wurde. An der Presse Deutschlands spielte er eine große Rolle als Vorüberender des Bezirkes Berlin des Reichsverbandes deutscher Presse. Er war ein prachtvoller Mensch, den jeder, der ihn kannte, gern hatte, der sozialistischen Idee treu ergeben und ein tapferer Kämpfer der Partei. Sein Mut hatte ihm schon im kaiserlichen Deutschland eine Kerkerstrafe zugezogen. Am Sommer 1933 weilte er in Prag, wurde nach seiner Rückkehr nach Deutschland verhaftet und blieb bis Juni 1934 in Untersuchungshaft. Vor das Reichsgericht wegen Vorbereitung zum Hochverrat gestellt, hat er sich dort tapfer verantwortet, sich zur Sozialdemokratie bekannt und erklärt, er werde seiner Gesinnung bis zum Tode treu bleiben. Er wurde zu zwei Jahren und neun Monaten Kerker verurteilt und kam im Sommer 1936 aus dem Gefängnis. Leider hat er sich nicht lange der Freiheit erfreut, weil seine körperlichen und seelischen Kräfte durch die lange Haft und die Mißhandlungen während der Untersuchung geschwächt waren. Tausende von Sozialdemokraten, die ihn an der Arbeit gesehen haben, werden tiefer in Liebe gedenken.

Der Küsterverkehr der Japaner-Gruppe. Im Gespräch mit dem Berichterstatter des tschechischen Pressebüros führte der Chef der Hauptverwaltung des nördlichen Seeweges, Otto Schmidt, u. a. aus, daß der Eisbrecher „Jermak“ im April von der Station Nordpol aus in das Eisfeld eindringen werde. Diese Aktion wird von mehreren Flugzeugen unterstützt werden. Da die schnelle Zerstörung des Eisfeldes der Japaner-Gruppe von der Eisbohle erforderlich machen könnte, erwägt die Hauptverwaltung des nördlichen Seeweges verschiedene Maßnahmen, die sofort über Weisung der Regierung ergriffen werden würden: In das Grönlandmeer würde das Schiff „Kuramae“ entsandt werden, um die Beobachtung des Eislandes und die Sicherung der regulären Verbindung mit der Station Japanin zu übernehmen. Mit dem Eisbrecher „Jermak“ würde auch der Eisbrecher „Tamiy“ zusammenarbeiten, der in Murman bereits für diese Expedition vorbereitet wurde. An Bord des „Tamiy“ werden sich drei Flugzeuge befinden, die die Personen sowie das wissenschaftliche Material von der Eisbohle an Bord des „Tamiy“ befördern werden. Außerdem wird eine selbständige Luftexpedition vorbereitet. Alle Luftkräfte, die sich an der Expedition beteiligen werden, stehen unter dem Kommando Spirins.

Zusammenfluß der Reisebüros. Am 11. Jänner d. J. hielten die beiden bisherigen Verbände der Reisebüros in der Prager Handels- und Gewerbelammer ihre Generalversammlung ab, bei welcher einmütig beschlossen wurde, sämtliche Reisebüros der Tschechoslowakei in einen einzigen Verband, und zwar mit der Bezeichnung „Verband der Reisebüros der ČSR“ mit dem Sitz in Prag zusammenzuschließen. Diese Institution wird dem Schutze der ständischen Interessen, dem Schutze des Publikums gegen Preisverhöhr in diesem Gebiete sowie der Hebung des Fremdenverkehrs in unserem Staate dienen.

Das Thermometer über Null. Mit Druckstörungen, die vom Ugean auf das Festland vordringen, strömt die wärmere Luft aus dem Norden nach Prag. In den Niederungen Böhmens wurden Dienstag nachmittags bei windigem und veränderlichem Wetter bis zu plus 4 Grad, im übrigen Gebiet der Republik 0 bis plus 1 Grad Celsius verzeichnet. Stellenweise fällt Schnee oder Regen. Auch in den nächsten Tagen muß mit unbeständigem und für die Jahreszeit mäßig warmem Wetter gerechnet werden. Auf den Bergen wird die Temperatur jedoch weiterhin unter Null bleiben und es sind dort Schneefälle zu erwarten. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Unbeständig und ziemlich bewölkt. Stellenweise Schauer, Temperatur im allgemeinen ohne wesentliche Veränderung. Überwiegend südwestlicher Wind. Im mittleren und östlichen Teil der Republik vielfach Niederschläge. — Wetterausblick für Donnerstag: Die unbeständige und mäßig warme Witterung dürfte noch andauern.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Donnerstag:

Prag, Sender I: 7: Morgenmusik, 10.05: Deutsche Presse, 12.10: Schallplattenkonzert, 14: Deutsche Sendung: Europäischer Geist „Der Mensch ist gut“ Rundfunkspiel von Ernst Paul, 17.50: Deutsche Sendung: Sportwettbewerb, 17.55: Für uns solgafame Kinder, Rundfunkspiel für Kinder, 18.45: Deutsche Presse, 18.55: Aus dem deutschen Kulturleben, 19.15: Kinderkonzert. — Prag, Sender II: 14.20: Deutsche Sendung: 14.40: Schallplatten, 18: Verühmte Tenöre auf Schallplatten. — Brünn 16.10: Rundfunkkonzert, 17.00: Deutsche Arbeiterfendung: Josef Schramel: Aktuelle Zeitprobleme. — Rufsleinlage — Neubauer: Rechtsfragen der Angestellten und Arbeiter. — Prag, Sender 19.35: Tschechische Operettenmusik, 22.20: Zehn musk. — Kaschau 12.05: Operarien, 12.35: Rundfunkkonzert. — Währisch: Okras; 17.55: Deutsche Sendung: Schneifer: Müßiggang auf Reisen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten

Gerlage Besserung am Jahresende — Unsicherheit der Wirtschaft
Roosevelts Bauprogramm — Rekorderte — Goldabgaben an Frankreich

Der „Guaranty Survey“, der monatliche Wirtschaftsbericht der New Yorker „Guaranty Trust Company“, enthält bemerkenswerte Daten über die Wirtschaftsentwicklung in den Vereinigten Staaten im vergangenen Jahre. Während in den ersten Monaten des Jahres die Konjunktur in den USA den höchsten Stand seit 1929 erreicht hatte, begann in den Sommermonaten eine zunächst saisonmäßig gehaltene Abschwächung, die sich aber auch im Herbst fortsetzte und erst im Dezember teilweise zum Stillstand gekommen zu sein scheint. Der Index der Geschäftstätigkeit, der im Dezember 1936 mit 97,1 den höchsten Stand seit Mai 1930 erreicht hatte, ist im Juli und August 1937 auf 98,1 gefallen und bis zum November dann auf 81,1 herabgesunken. Als Hauptgründe für den wirtschaftlichen Rückgang werden genannt: die Unsicherheit der Wirtschaftskreise über den Ausgang der durch die großen Streiks am Beginn des Jahres eingeleiteten Arbeitskämpfe und über das Schicksal der immer wieder vertagten Gesetzesentwürfe Roosevelts über die (inzwischen abgelehnte) Reform des Obersten Gerichts und die Festsetzung einer Maximalarbeitszeit und eines Minimallohnes, weiter die Wirkung einer zu engen Kreditpolitik der Regierung und der schlechten Lage der Staatsfinanzen, die neue Steuern zur Folge haben wird, und schließlich der Glaube der amerikanischen Wirtschaftskreise, daß die Produktion bereits die Aufnahmefähigkeit des Marktes überschritten habe. „Es ist immer deutlicher geworden, daß die besondere Schwäche des Geschäftsrückganges in den letzten vier Monaten teilweise auf die Tendenz bei den Händlern zurückzuführen ist, ihre Investitionen gegen Ende des Jahres auf den niedrigsten möglichen Stand zu beschränken, und so hat auch ein Teil der Produzenten ihre Erzeugung dem Umfang der neuen Aufträge angepaßt. Diese Praxis hat natürlich die Wirkung, die Rückgänge in Produktion und Handel zu verschärfen. Gleichzeitig hat sie einen Vorteil im Hinblick auf die Zukunft, denn sie bedeutet, daß die Wirtschaft freiwillig die unvermeidlichen Folgen des Rückgangs auf sich nimmt und sofort die nötigen Einschränkungen macht. Logischerweise wird die Wirtschaft nun in einer besseren Position schneller auf günstige Einflüsse reagieren können, als wenn die Situation nicht so prompt gemacht worden wäre.“

Selbstverständlich haben auch die außenpolitischen Ereignisse, vor allem die Kämpfe im Fernen Osten, die Bedrohung amerikanischen Besitzes und die Verletzung der amerikanischen Neutralität durch die Japaner beunruhigende Wirkungen auf die Wirtschaft in den Vereinigten

Staaten gehabt. Immerhin zeigt sich gegen Ende des Jahres eine teilweise Befestigung in einigen Wirtschaftszweigen: die Verkäufe über die Eisenbahnfrachten waren nicht so ungünstig wie sonst am Jahresende, der Elektrizitätsverbrauch ist in den letzten Wochen des Jahres gestiegen, und die Ziffern des Großhandels sind nicht in dem Maße gesunken wie die Produktionsziffern. Die Verkaufszahlen sind von November bis Dezember sogar um ein Prozent gestiegen.

Die Warenpreise sind in den Vereinigten Staaten bis Ende 1937 um 7,5 Prozent unter den Höchststand dieses Jahres gesunken, die Anzahl der Insolvenzen war im November um 14,2 Prozent höher als im November 1936. Die Produktionsziffern haben sich gegen Ende des Jahres ein wenig gehoben. „Die Sachverständigen glauben, daß die Arbeiter nach Beginn des neuen Jahres auf einem etwas höheren Stande als in den letzten Wochen werden aufgenommen werden, obgleich in absehbarer Zeit keine scharfe Aufwärtsbewegung vorherzusehen ist.“ Die Automobilproduktion, die im vergangenen Jahre fünf Millionen Fahrzeuge gegenüber 4.600.000 im Jahre 1936 erzeugte, rechnet für 1938 nur mit der Produktion von vier Millionen Fahrzeugen.

Ein wichtiger Faktor für die amerikanische Wirtschaft des neuen Jahres verpricht der große

Hausbau-Plan Roosevelts zu werden, der von der Feststellung ausgeht, daß der Häuserbau weder mit den Bedürfnissen noch mit dem Wachstum der Bevölkerung Schritt gehalten hat. Roosevelt nimmt an, daß in den nächsten fünf Jahren 12 bis 16 Milliarden Dollar für den Häuserbau in Amerika aufgewendet werden können und schlägt zu diesem Zwecke die Verbilligung der Finanzierung von Wohnungsbauten und eine Erweiterung der Hypothekendarlehen und die Bereitstellung öffentlicher Mittel vor.

Sehr interessant ist die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten, die seit langer Zeit eine ständige Zunahme ihrer Goldbestände zu verzeichnen hatten, nun zum ersten Male einen Rückgang ihres Goldbestandes erfahren haben, der zwar zahlenmäßig nicht genau zu ermitteln ist, aber es wird geschätzt, daß 200 bis 300 Millionen in Gold ins Ausland verschifft worden sind. Der größte Teil des Goldes scheint nach Frankreich gegangen zu sein. Manche sprechen von einer Anleihe, andere aber sind der Ansicht, daß es sich um die Rückkehr von Fluchtcapital nach Frankreich handelt, und die Ansicht wird durch den Hinweis des französischen Finanzministers bestätigt, daß seit Oktober Gold im Werte von etwa 340 Millionen Dollar nach Frankreich zurückgeführt ist und daß der größte Teil davon aus den Vereinigten Staaten kam.

Die günstigste Jahresbilanz der amerikanischen Wirtschaft im Jahre 1937 hat die Landwirtschaft aufzuweisen. Sie hatte eine Rekordbaumwollenernte zu verzeichnen, und die Hilfsmaßnahmen Roosevelts für die Farmer haben unbestrittene Erfolge gehabt. Die Gesamteinnahmen aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Produkte sind von 7,9 Milliarden Dollar im Jahre 1936 auf 8,5 Milliarden im Jahre 1937 gestiegen.

Landarbeiterelend in Jugoslawien

Vor kurzem fand der Kongreß des Verbandes der Feldarbeiter Jugoslawiens statt, (an dem auch Vertreter aus der tschechoslowakischen Republik teilnahmen), der jedoch unter einem starken Druck der kommunistischen Opposition stand und schließlich polizeilich aufgelöst wurde. Der Verband hat im letzten Jahre eine sprunghafte Aufwärtsentwicklung genommen — die Zahl der Gruppen stieg im Jahre 1937 von 26 auf 155 — was auf die verschlechterten Verhältnisse, unter denen die Landarbeiter zu leben gezwungen sind, zurückzuführen ist. Die WZ berichtet darüber: Durch das Gesetz vom 3. Oktober 29 ist Jugoslawien in neun Banate eingeteilt. Das fruchtbarste Banat ist das Donau-Banat, mit Novi-Sad als Hauptstadt. Hier gedeihen Mais und Weizen in bester Qualität. Juckerbüben, Hauf, Pflaumen und Wein. Die Bewohner sprechen zum Teil ungarisch, deutsch und serbisch. Dieses Gebiet gehört zu den fruchtbarsten in Europa, seine Bearbeiter leben aber in größter Armut. 75.000 haben weder Boden noch Haus, 65.000 haben ein Haus, aber keinen Boden, 60.000 besitzen 1 bis 3 Morgen Land (1 Morgen = 2450 Quadratmeter), 40.000 haben bis fünf Morgen Land. Alle diese Arbeiter sind abhängig von dem Lohn und dem Anteil an Mais und Getreide, den sie von den Großgrundbesitzern erhalten. Die Arbeitsbedingungen für die Bestellung von Mais und Weisung der Erntearbeiten haben sich sehr verschlechtert. Zuvor bekam der Arbeiter für die Bestellung des Ackerfeldes, wenn er die Arbeiten selbst besorgte, die Hälfte des Ertrages und ein Drittel, wenn der Besitzer den Boden selbst gepflügt und angebaut hat. Heute beträgt der Anteil des Feldarbeiters nur mehr ein Fünftel, oder gar nur ein Sechstel des Ertrages. Dafür muß er den Acker drei- bis viermal hauen, häufeln, brechen, einbringen und das Feld abräumen. Aber selbst diese furcherliche Verringerung des Arbeiteranteils war den Besitzern nicht genug. Weil eine große Anzahl von Feldarbeitern überhaupt keine Beschäftigung

finden, nicht einmal soviel, um sich über den Winter beschäftigen zu können, suchen sich die Besitzer jene unter den arbeitslosen Feldarbeitern aus, die bereit sind für den geringen Lohn nicht nur das Ackerfeld zu bestellen, sondern außerdem noch andere Arbeiten zu verrichten. Also müssen die Feldarbeiter für die Besitzer noch unbezahlte Arbeit machen. Das ist wahre Zwangsarbeit und wird auch mit dem richtigen Namen — Kulak — genannt. Zuerst haben sich die Feldarbeiter verpflichtet, auf je ein Morgen Feld einen Tag Kulak zu leisten. Jetzt ist es bereitgang und gäbe, daß der Kulak zehn Tage pro Saison ausmacht. Der Besitzer ist berechtigt, seinen Feldarbeiter, wann immer er will, sei es im Hause oder außer Haus, zur Arbeit zu rufen und ihn für welche Arbeit er will zu verhalten. Der Feldarbeiter ist verpflichtet der Forderung des Besitzers nachzukommen. Das ist das wahre Weidraufleben des Feudalismus, der Pflichtarbeit des besitzlosen Feldarbeiters, nicht für die öffentlichen Bedürfnisse, sondern für Privateigentümer. Die soziale Lage der Landarbeiter wird auch noch verschlechtert durch die gehinderte Auswanderung. Früher gingen jedes Jahr tausende von Landarbeitern auf Saisonarbeit nach Frankreich, Deutschland und anderen Ländern. Das ist heute nicht möglich. Die Löhne betragen heute im Durchschnitt 14 Dinar für Männer, 12 Dinar für Frauen täglich. Es existiert keine Kranken- und Unfallversicherung.

Unter den geschickerten Verhältnissen ist die Arbeiterschaft stark radikalisiert worden.

Steigende Steuereinnahmen. In der Zeit vom Jänner bis November 1937 wurden an direkten Steuern 2293.541.200 (im Vorjahr: 1789.705.408), an Zöllen 725.798.709 (i. V. 671.585.291), an Umsatz- und Luxussteuer 2444.448.660 (2101.108.541) und an Verbrauchssteuern 2041.684.778 (1913.838.583) Kc. eingenommen. An öffentlichen Abgaben wurden in den ersten elf Monaten vorigen Jahres 9020.635.291 Kc. eingenommen, d. i. um 13,85 Prozent mehr als in der gleichen Zeit 1936.

| Man erhält für | Kc |
|-------------------------------|--------|
| 100 Reichsmark | 608.— |
| 100 Markmünzen | 660.— |
| 100 österreichische Schilling | 530.— |
| 100 rumänische Lei | 14.85 |
| 100 polnische Loty | 509.50 |
| 100 ungarische Pengö | 549.— |
| 100 Schweizer Franken | 657.50 |
| 100 französische Francs | 95.95 |
| 1 englisches Pfund | 141.75 |
| 1 amerikanischer Dollar | 28.30 |
| 100 italienische Lire | 119.40 |
| 100 holländische Gulden | 1579.— |
| 100 jugoslawische Dinare | 60.55 |
| 100 Belgas | 482.— |
| 100 dänische Kronen | 631.— |
| 100 schwedische Kronen | 729.— |

Bomben aus dem Lande der Kirschbäume

Im Dezember 1922 versammelten sich in Washington die Vertreter der Großmächte zu einer Konferenz, um sich mit der durch das japanische Vorgehen gegen China geschaffenen Lage im fernöstlichen Asien zu beschäftigen. Einige Tage nach der Eröffnung dieser Tagung, die genau so ergebnislos verlief wie die meisten anderen Zusammenkünfte der Diplomaten, schrieb der englische Schriftsteller Wells: „Wenn nun Japan in Washington die Gestalt ist, auf welche die volle Bühnenbeleuchtung fällt, so ist China der Riese, der im Hintergrunde der Szene des sich jetzt abspielenden Dramas im Stillen Ozean auftritt.“

Seit diesen Ereignissen sind 15 Jahre verfloßen und wiederum erleben wir ein Drama im Fernen Osten, von dessen Folgen sich die Europäer noch keine rechte Vorstellung zu machen scheinen. Die täglichen Kriegsberichte zeigen, daß der japanische Imperialismus mit vollem Einsatz seiner militärischen Machtmittel den Krieg gegen China führt und eine Provinz um die andere unter das Protektorat Japans zwingt.

Europa kann von den blutigen Unwägbarkeiten im Fernen Osten nicht unberührt bleiben. Nicht nur die Interessen des britischen Imperiums und anderer Kolonialmächte sind eng verknüpft mit dem Schicksal Chinas und der Entwicklung der japanischen Politik. Rom, Berlin und Tokio haben ein politisches Dreieck geschaffen, dem sie vorläufig das antibolschewistische Motiv unter-

legen, das aber nach dem Willen der drei Verbündeten auch imperialistischen Bestrebungen dienen soll. Dreierlei Imperialismen, die miteinander durchaus nicht völlig übereinstimmen. Manchmal durch es aus, als mache Japan sich seine beiden Freunde dienstbar.

Vor einigen Jahrzehnten wurde einmal das Wort von der gelben Gefahr geprägt. Man sah im Weißen ein graueses Zukunftsbild: Wilde mongalische Reiterheere dringen über die Steppen Rußlands vor, fallen in Europa ein und bedrohen die europäische Zivilisation. Die Akteure haben gewechselt, das Bild aber ist gleich geblieben.

In den furchtbaren Jahren der europäischen-amerikanischen Wirtschaftskrise hat der japanische Kapitalismus es verstanden, auf den Weltmärkten die europäischen und amerikanischen Waren durch seine unerhört billigen Erzeugnisse zu ersetzen. Viele japanische Industrie-Erzeugnisse, vor allem Glas-, Spiel- und Textilwaren, verdrängen unsere Industrieprodukte. Europäische Fabriken und Wirtschaftspolitikler riesen zur Sammlung, zu gemeinsamer Abwehr. Ja, es gab einsichtige Industrielle, die erkannten, daß sie mit den japanischen Wettbewerbern auch dann nicht konkurrieren könnten, wenn sie die „Rohstoffe“ stellen und die Arbeiter nicht bezahlen würden. Die „Weißen“ fühlten sich durch den kapitalistischen Feldzug der „Gelben“ bedroht.

Das Jahr 1937 brachte nun aber auch die neue politische Expansion Japans. Daß Krieger über Chinas Städte ohne Kriegserklärung Bomben abwerfen, ist leider nach dem, was vorher in Abyssinien und in Spanien geschahen, nicht mehr

erstaunlich. Das aber ist doch erschreckend, daß es europäische Staaten gibt, die den Raubkrieg Japans gegen China gutheißen, ihn fördern und stützen, die schadenfroh den Versuch Japans begrüßen, ein mongolisches Riesengebiet aufzurichten, — wobei die japanischen Politiker ihre letzten Ziele, die völlige Entmachtung der Weißen, nicht einmal verschweigen.

Denken wir an folgende Tatsachen: Die Zusammenzählung der Völker in Asien (Rußland, China, Indien, Japan und etliche kleinere Völkerschaften) ergibt etwa 1000 Millionen Menschen. Mehr als die Hälfte der Bewohner des Erdballs wohnt in diesem Raum. Jeder Krieg, jede soziale Bewegung und jede große Verschiebung in den Mächten- und Staatenverhältnissen müssen — in Jahrzehnten gesehen — Veränderungen hervorgerufen, die sich am Anflug der ganzen Welt prägen. Nicht nur Asien, sondern auch Europa muß durch die Ereignisse im Fernen Osten umgestaltet werden.

In diesem Zusammenhang sei an einige geschichtliche Tatsachen erinnert. Japan hat im Jahre 1879 Formosa, im Jahre 1910 Korea annektiert; im Jahre 1931 wurde Mandchukuo ein sogenannter „unabhängiger“ Staat. Ein Land, das dem Rohstoffbedarf Japans in jeder Richtung zu entsprechen vermag und strategisch bei dem Versuch, eine Front gegen Sowjetrußland aufzustellen, von größter Bedeutung ist. Die Vergrößerung Japans ist nicht das Ergebnis der Ausnützung einiger günstiger Aufäufe, sondern das einer zähen, planmäßigen, auf ein bestimmtes Ziel gerichteten Politik. Im Jahre 1927 überreichte

Zwei Durchführungsverordnungen zum Kartellgesetz. Zum Kartellgesetz bereitet das Finanzministerium zwei Durchführungsverordnungen vor. Die erste, allgemein gehaltene soll noch im Laufe dieses Monats publiziert werden, die zweite erst nach Sammlung gewisser Erfahrungen, die sich bei der praktischen Durchführung des Gesetzes ergeben werden.

Der Neuaufbau des Wohnwesens in England. Das Gesundheitsministerium hat Ende Dezember einen Bericht über das Wohnwesen und die Bekämpfung der Stums (Slumsviertel) veröffentlicht, der die Situation am 30. September 1937 wiedergibt. Seit Kriegsende sind bis zu diesem Termin 3.484.132 neue Häuser in England und Wales erbaut worden. Die Ziffer im letzten Halbjahr war etwas niedriger als vorher, aber immer noch recht hoch, mit 155.728 Neubauten. Davon wurden durch Privatinitiative ohne Unterstützung 118.392 Häuser erbaut, von Lokalbehörden 36.457; von den Privatbauten entfällt ein großer Teil auf Kleinbauten. Im letzten Jahr wurden im Zuge der Slumvereinigung 58.439 Häuser demoliert.

Vergessene Lektion

Die Juden waren in Rumänien schon vor dem Weltkrieg schweren Verfolgungen ausgesetzt. Ein großer, wahrscheinlich der größere Teil von ihnen, war staatenlos und damit fast rechtlos. Der Ministerpräsident, der am 9. Dezember 1919 zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Italien, Japan und Rumänien abgeschlossen wurde, auferlegte den Rumänen die Verpflichtung, allen sprachlichen, rassistischen und religiösen Minderheiten volle bürgerliche Rechte zu gewähren, und verpflichtete sie ausdrücklich, die auf rumänischem Boden lebenden staatenlosen Juden ohne weitere Formalität zu rumänischen Bürgern zu machen.

Im Jahre 1902 erhielt die rumänische Regierung in Gestalt ihres Gesandten in London vor aller Welt eine Ohrfeige wegen der in Rumänien beliebigen Judenverfolgungen. Der „Manchester Guardian“ erinnert anlässlich des Staatsstreiches, der die antisemitische Regierung Goşa ans Ruder gebracht und den Bruch des Minoritätenabkommens samt neuen Judenverfolgungen von Amts wegen herbeigeführt hat, an diese Geschichte:

In London war damals Sir Marcus Samuel, der spätere Lord Bearsted, zum Lord Mayor (Oberbürgermeister) gewählt worden. Es ist üblich, daß der Neugewählte zum Amtsantritt ein Bankett gibt, zu dem auch die in der englischen Hauptstadt akkreditierten Gesandten fremder Mächte eingeladen werden. Sir Samuel tat das Heßliche; aber er weigerte sich, den rumänischen Gesandten einzuladen und erklärte diese Weigerung als Protest gegen die Verfolgung seiner jüdischen Brüder in Rumänien. Der Gesandte versuchte, zu erwidern, daß er dennoch eingeladen werde. Da er keinen Erfolg hatte, wendete er sich an das britische Außenministerium, um sicheres Verbleiben zu erwirken, daß die rumänischen Minister weicherhin ab, den Rumänen in dieser während seiner einjährigen Amtszeit private Wohnung sei und daß nur er zu dem. Ich habe, wenn er in sein Haus einladen wolle. Also nahm am Bankett das gesamte diplomatische Korps teil, nur der rumänische Gesandte durfte nicht.

Die Sache hat damals internationales Aufsehen erregt. Seitdem ist allerdings nichts Ähnliches vorgekommen. Weder haben von 1922 ab die diplomatischen Vertreter der italienischen Sozialistenmörder, noch ab 1933 die der deutschen Sozialisten, Faschisten und Radikaler irgendwo von einem Oberbürgermeister — geschweige denn vom Londoner — eine derartige Lektion erhalten.

der damalige Ministerpräsident Japans, Tanaaka, dem Kaiser ein Memorandum, das Epstein in seinem Buchlein „Die Gelbe Gefahr“ als das imperialistischste Manifest aller Zeiten bezeichnet.

Hier einige Absätze aus diesem Manifest, das später zum „unabhängigen“ Programm des japanischen Imperialismus wurde:

Um alle Schwierigkeiten in Ostasien zu überwinden, muß Japan eine Politik von Blut und Eisen treiben.

Um die Welt zu erobern, muß Japan Europa und Asien erobern, muß Japan China erobern und um China zu erobern, muß Japan zuerst die Mandchurei und die Mongolei erobern.

Japan hofft dieses Programm in den nächsten zehn Jahren zu erfüllen.

Japan hält Kriege in naher Zukunft mit den USA und mit Rußland für unvermeidlich. Die erste Periode ist die Eroberung von Formosa. Die zweite Periode die Eroberung von Korea. Diese beiden Perioden sind bereits abgeschlossen. Doch die dritte Periode, die die Unterwerfung der Mandchurei und der Mongolei und die Eroberung des ganzen chinesischen Reiches und die Vormundung des fernsten südasiatischen Archipels und des gesamten Kontinentes von Asien betrifft, das ist unser großer Beruf!

Man sagte einmal, dieses Manifest habe nie existiert, es sei nicht echt, sondern eine böswillige Erfindung. Man lese die akzentuierten Stellen und man wird erkennen, wie programmäßig die japanische Politik den hier verkündeten Zielen zustrebt.

